

Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft 21 / 2014

THEMENSCHWERPUNKT:
HANDLUNGSFELDER DEUTSCHER AUßENPOLITIK

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2013
- MUSICA PRO PACE 2013
- BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der
Universität Osnabrück

V&R unipress

Wissenschaftlicher Rat der Osnabrücker Friedensgespräche 2013-2014

Prof. Dr. Martina Blasberg-Kuhnke, Kath. Theologie, Universität Osnabrück (Vorsitz)
Prof. Dr. Karin Busch, Biologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Roland Czada, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück (Stellv. Vorsitz)
Hans-Jürgen Fip, Oberbürgermeister a.D. (Ehrenmitglied)
Prof. i.R. Dr. Wulf Gaertner, Volkswirtschaftslehre, Universität Osnabrück
apl. Prof. Dr. Stefan Hanheide, Musikwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Christoph König, Germanistik, Universität Osnabrück
Prof. i.R. Dr. Reinhold Mokrosch, Evangelische Theologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Arnulf von Scheliha, Evangelische Theologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Ulrich Schneckener, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. em. Dr. György Széll, Soziologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Bülent Ucar, Islamische Religionspädagogik, Universität Osnabrück
Prof. i.R. Dr. Albrecht Weber, Rechtswissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Siegrid Westphal, Geschichtswissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. i.R. Dr. Tilman Westphalen, Anglistik, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Rolf Wortmann, Politikwiss. und Public Management, Hochschule Osnabrück
Dr. Henning Buck (Geschäftsführung)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Henning Buck

Redaktionelle Mitarbeit: Joachim Herrmann, Dr. Michael Pittwald, Jutta Tiemeyer

Einband: Bruno Rothe / Tefvik Göktepe, unter Verwendung einer Fotografie des ›Weltsaals‹ im Dienstgebäude des Auswärtigen Amtes, Berlin.

Wir danken für freundliche Unterstützung der Osnabrücker Friedensgespräche 2013-2014

- der Stadtwerke Osnabrück AG
- der Sievert-Stiftung für Wissenschaft und Kultur
- der Oldenburgische Landesbank AG
- dem Förderkreis Osnabrücker Friedensgespräche e.V.

Redaktionsanschrift: Geschäftsstelle der Osnabrücker Friedensgespräche
Universität Osnabrück, Neuer Graben 19 / 21, D-49069 Osnabrück
Tel.: + 49 (0) 541 969 4668, Fax: + 49 (0) 541 969 14668
Email: ofg@uni-osnabrueck.de – Internet: www.friedensgespraeche.de

Die Deutsche Nationalbibliothek – Bibliografische Information: Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.
1. Aufl. 2014

© 2014 Göttingen, V&R unipress GmbH mit Universitätsverlag Osnabrück.

Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany: Hubert & Co., Göttingen.

Gedruckt auf säurefreiem, total chlorfrei gebleichtem Werkdruckpapier; alterungsbeständig.

ISBN: 978-3-8471-0357-8
ISSN: 0948-194-X

Inhalt

Vorwort der Herausgeber.	7
Editorial.	9

I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2013

<i>Journalisten in Gefahr – Zum Stand der Presse-, Medien- und Informationsfreiheit</i> Mit Christian Mihr, Maryna Rakhlei, Shi Ming	15
---	----

<i>Zwischen Schutzverantwortung und militärischer Zurückhaltung – Wie helfen wir den Opfern von Krieg und Bürgerkrieg?</i> Mit Guido Westerwelle und Christian Tomuschat	37
---	----

<i>Energiepolitik und Frieden</i> Mit Stephan Kohler und Ernst Ulrich von Weizsäcker.	57
--	----

<i>Verständigung mit Iran – aber wie?</i> Mit Navid Kermani und Ulrich Tilgner	81
---	----

Erik Fosnes Hansen, Oslo <i>Europa sieht Deutschland: Die Einsamkeit der Gemeinschaft.</i>	107
---	-----

<i>Schuldenkrise und Demokratie in Europa</i> Mit Norbert Lammert und Claus Offe	123
---	-----

II. MUSICA PRO PACE – KONZERT ZUM OSNABRÜCKER FRIEDENSTAG 2013

Stefan Hanheide, Osnabrück <i>Tragische Helden – Zu Wagners »Rienzi« und Beethovens »Egmont«.</i> <i>Einführung in das musica pro pace-Konzert 2013</i>	149
---	-----

III. BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

THEMENSCHWERPUNKT: HANDLUNGSFELDER DEUTSCHER AUßENPOLITIK

Navid Kermani, Köln

*Es gibt diese Welt nicht mehr. Ein persönlicher Abschied von
einem Orient, der anarchisch, bunt gemischt und tolerant war* 157

Jörn Ipsen, Osnabrück

Auslandseinsätze der Bundeswehr 165

Bernhard Rinke, Osnabrück

*Parlamentsbeteiligung unter Druck:
Die Auslandseinsätze der Bundeswehr* 175

Kilian Spandler, Tübingen / Hanna Pfeifer, Magdeburg

*Komplexität aufbauen statt abbauen –
Wider eine Politik der neuen deutschen Verantwortung* 187

Christoph Rass / Sebastian Bondzio, Osnabrück

*»Massensterben« und Erster Weltkrieg –
Begriff, Ereignis, Erfahrung* 191

IV. ANHANG

Referentinnen und Referenten, Autorinnen und Autoren 205

Abbildungsnachweis 211



Ulrich Tilgner, Moderator Reinhold Mokrosch, Navid Kermani im Rathaus

Verständigung mit Iran – aber wie?

Podiumsveranstaltung im Rathaus der Stadt
am 4. Juli 2013

Dr. Navid Kermani

Schriftsteller und Orientalist, Köln

Ulrich Tilgner

Journalist und Publizist, Hamburg

Prof. Dr. Reinhold Mokrosch

Universität Osnabrück –
Gesprächsleitung

Reinhold Mokrosch: Vor wenigen Tagen wurde *Hassan Rohani* zum neuen Präsidenten der Iran gewählt. Man weiß nicht, ob er ein Reformers sein wird oder nur eine im Sinne von Revolutionsführer Ayatollah *Chamenei* und der Revolutionsgarde agierende, vorgeschobene Person. Ebenfalls in diesen Tagen wurde in Ägypten der legal gewählte Präsident *Mursi* vom Militär abgesetzt. Wir wissen nicht, ob dies das Ende der Demokratie oder der Anfang einer neuen Demokratie in Ägypten ist.

Für unsere heutige Diskussion über den Iran möchte ich fünf Stichworte nennen, die auch als Fragen an Herrn Kermani und Herrn Tilgner gemeint sind.

Das erste Stichwort ist der Name des neuen Präsidenten selbst: Hassan Rohani. In seiner ersten Fernsehübertragung sagte er, im Iran schein nun »wieder die Sonne der Vernunft und der Mäßigung«. Er, Rohani, »strebe eine Balance zwischen Idealismus und Realismus an und eine konstruktive Verständigung auf der Grundlage von Gleichgewicht, Respekt und Vertrauen«. Dann wurde er konkret und sagte vor Millionen von Fernsehzuschauern:

»Ich strebe einen Kampf für die Gleichberechtigung von Frauen, gegen Frauendiskriminierung an und einen Kampf gegen die Überwachung von Presse, Fernsehen und Universitäten«.

Wird es demnach künftig weniger Menschenrechtsverletzungen und mehr Rechtsstaatlichkeit im Iran geben?

Das zweite Stichwort: die innenpolitische Situation im Iran. *amnesty international* meldet katastrophale Menschenrechtsverletzungen, und zwar mehr aus dem Iran als aus Saudi-Arabien: es gäbe keine Meinungsfreiheit, keine Versammlungsfreiheit, keine Vereinigungsfreiheit, keine Religionsfreiheit, keine Weltanschauungsfreiheit, aber Folter, Gefangennahmen und im Jahr 2012 Hunderte von Todesurteilen. Demgegenüber verbessert sich – trotz der Sanktionen des Westens – die Wirtschaftssituation im Vergleich mit anderen islamisch geprägten Staaten. Es verbessern sich die Bildungsmöglichkeiten und das Gesundheitswesen und die Rechte für Frauen im Iran. Wie ist diese Entwicklung im Iran zu beurteilen?

Das dritte Stichwort: Urananreicherung und Atomproblematik. Darf der Iran Uran anreichern? Und wenn ja, bis zu welcher Konzentration – als 5-prozentigen Kernbrennstoff, als 20-prozentiges waffenfähiges Uran? Was ist möglich? Eine Atombombe darf Iran nicht bauen. Wird es trotzdem versucht? Die Einschätzungen gehen hier auseinander.

Wird es eine Konferenz zur Einhaltung einer atomwaffenfreien Zone im Nahen und Mittleren Osten geben, so wie von der UNO 2010 beschlossen? Israel verweigert sich bisher einer solchen Konferenz, der Iran ebenso.

Das vierte Stichwort: Wie ist die Politik der USA gegenüber Iran beschaffen? Sind die USA bereit, die iranische Regierung als legitime Vertretung des Volkes anzusehen? Oder sagen die USA weiterhin: Es ist eine nicht vom Volk gewählte und gewollte Regierung? Ist die Doppelstrategie der USA – auf der einen Seite finanziellen und wirtschaftlichen Druck auf den Iran auszuüben und andererseits diplomatische Bemühungen zu ergreifen – eine erfolgreiche Politik? Ist ein wirtschaftlich geschwächter und außenpolitisch isolierter Iran ein guter Verhandlungspartner?

Und schließlich die Frage, welche Rolle die Religionen spielen. Der Iran ist eine Islamische Republik, keine Theokratie, kein Gottesstaat. Warum gibt es so harte Sanktionen gegen Andersgläubige, warum keine Religionsfreiheit und keine Weltanschauungsfreiheit? Wird der Islam als Religion verstanden oder als Rechtssystem?

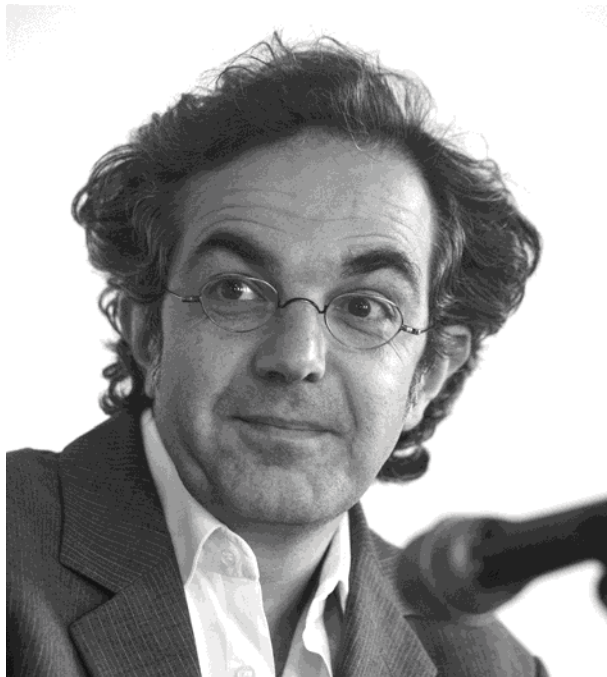
Eine zusätzliche, aktuelle Frage ist, welche Rolle die ägyptische Revolution oder der ägyptische Militärputsch für die Bürger im Iran spielt.

Navid Kermani: Ich möchte mich zunächst auf die Frage des gesellschaftlichen Wandels konzentrieren und der Frage nachgehen, ob dieser Staat in seiner bestehenden Form, in dieser Ideologie des Islamismus bzw. des *Chomeinismus* eine Zukunft hat oder nicht. Meine Antwort, die ich im Folgenden entfalten möchte, ist: Nein. Dieser Staat hat in seiner bestehen-

den Form keine Zukunft, denn ihm ist das Volk abhanden gekommen – zwar noch nicht vollständig, aber mit sehr klarer Tendenz.

Die Frage ist, wie sich die gesellschaftliche Veränderung politisch Bahn bricht, ob es ein evolutionärer Prozess sein wird, ob es einen Putsch im Innern geben mag, ob es äußeres Einwirken geben könnte oder ob der Staat einfach zusammenbricht. Man muss wissen, dass der Iran ein Vielvölkerstaat ist, mit all jenen Problemen, die man von anderen Vielvölkerstaaten kennt – mit ethnischen Minderheiten, die sich benachteiligt fühlen, mit der Möglichkeit des Auseinanderbrechens. Nur 55% der Iraner sprechen Persisch als Muttersprache. Dieses Land ist ein sehr fragiles Gebilde, das durchaus zusammenbrechen könnte, wenn die Lage eskalieren sollte.

Wer in Teheran das Freitagsgebet besucht, sieht, dass immer noch Hunderttausende Menschen daran teilnehmen. Ich habe 2009 zum letzten Mal ein Freitagsgebet besucht und dabei die ›berühmte‹ Ansprache des Revolutionsführers gehört, der ankündigte, dass am nächsten Tage etwaige Proteste gegen das Regime, gegen die Wahlfälschung, niedergeknüppelt würden. Die Menge der Teilnehmer ist also weiterhin beachtlich, aber das Durchschnittsalter liegt erkennbar über 50 Jahren, wenn man von den Soldaten absieht, die wohl dorthin gekarrt werden und keine andere Wahl haben. Die Teilnehmer sind ganz überwiegend Menschen, die eine eigene, aktive Erinnerung an die Revolution haben. Jüngere Leute sind kaum dabei. Dagegen waren 2009, an den Tagen vor und am Tag nach den Protesten, zumeist junge Leute unter 40 Jahren zu sehen, also Menschen, die keine eigene Erinnerung an die Revolution hatten. Manche Beobachter behaupteten, das sei eine Art Mittelstandsbewegung



Navid Kermani

gewesen. Die Armen stünden immer noch zum Regime, und die Reichen, die bürgerlichen Schichten, seien dagegen. So einfach ist es aber nicht. An den Protestmärschen beteiligten sich junge Menschen aus allen sozialen Schichten. Die Trennlinie war weniger ihre soziale Herkunft als vielmehr ihr Bildungsgrad: es waren die Gebildeten unter den jungen Menschen, die dort teilnahmen. Mit all den Wohnheimstudenten, mit Menschen, die aus ländlichen Regionen zuwanderten, war es ursprünglich eine durchaus universitäre Bewegung. Die gesellschaftliche Kluft war weniger zwischen Arm und Reich erkennbar als vielmehr zwischen Alt und Jung sowie zwischen Gebildeten und weniger Gebildeten.

Der Chomeinismus, jene Ideologie, mit der Ayatollah *Chomeini* die Einheit von Staat und Religion mit ihm, dem Religionsführer an der Spitze des Staates, postulierte, hatte seine Massenbasis Ende der 1970er und in den 1980er Jahren keineswegs auf dem Land. Das Land ist – anders als manche Beobachter meinten – in Teilen sogar dezidiert säkular, z.B. in Kurdistan. Der Chomeinismus hatte seine Massenbasis vielmehr in den Klein- und Mittelstädten sowie in den ärmeren Vierteln der Großstädte, etwa im Süden Teherans. Von dort kamen die Millionen, die 1978/79 auf die Straße gingen. Aber diese *Mostazafin*, die Entrechteten, wie sie genannt wurden, hatten die Revolution nicht angefangen. Die Revolution von 1979 hatte als eine bürgerliche Revolution begonnen, sie war in linken und bürgerlichen Kreisen entstanden. Die ersten Guerillakämpfer Anfang der 1970er Jahre waren Wohlstandskinder, ähnlich wie die RAF in Deutschland: Kinder ›aus gutem Hause‹, die den Marxismus entdeckt hatten. Am Beginn dieser Bewegung standen zudem linksliberal-islamische Theologen und Vertreter eines bürgerlichen Islam. Die später, ab etwa 1978 bestehende Massenbasis bildeten aber jene *Mostazafin*. Den bürgerlichen Oppositionellen allein war es eben nicht gelungen, die Millionen auf die Straße zu rufen. Das gelang vielmehr erst dem Ayatollah Chomeini.

Man liest oft, der tiefere Grund für die Revolution sei der im Jahr 1953 vom amerikanischen Geheimdienst CIA betriebene Putsch gegen die demokratische Regierung des Premierministers (und Schah-Gegners) *Mossadegh* gewesen. Damit konnte sich in der Tat die bürgerliche Schicht, die im Grunde westlich geprägt war, nicht abfinden. Sie fühlte sich durch den Putsch wie durch den übertriebenen und oberflächlichen ›Amerikanismus‹ des *Pahlevi*-Regimes abgestoßen, obwohl die führenden Intellektuellen sämtlich eine westliche Bildung genossen hatten. Viele von ihnen hatten die amerikanische Schule in Teheran absolviert. Um die Revolution richtig zu verstehen, muss man aber ein anderes Ereignis in Betracht ziehen, das im Westen weniger Aufsehen erregte, nämlich die vom Schah durchgeführte *Bodenreform* von 1963. In diesem Jahr war Ayatollah Chomeini, da-

mals ein junger, relativ unbekannter religiöser Führer, aus dem Land exiliert worden, weil er unter anderem gegen die Bodenreform protestiert hatte. Dieser Bodenreform lag eine respektable Absicht zugrunde: Man wollte den Bauern, die für die Feudalherren arbeiteten und kein eigenes Land hatten, Boden zur Bewirtschaftung zukommen lassen – ein durchaus nachvollziehbarer Gedanke in einem Land, in dem der Boden sehr ungleich verteilt war. Weil aber diese Reform sehr schlecht umgesetzt wurde, aus einem oberflächlichen Modernisierungseifer – die Reform setzte auf die Industrialisierung der Landwirtschaft –, und weil die Bauern Kredite bekamen, die sie nicht zurückzahlen konnten, führte die Bodenreform innerhalb von zehn Jahren dazu, dass ein Land, das sich während der 1960er Jahre noch vollständig selbst ernähren konnte, Mitte der 1970er Jahre zu 90% vom Import von Nahrungsmitteln aus dem Ausland abhängig war. Die Bauern konnten ihr Land nicht bestellen. Sie kamen mit dieser neuen Landwirtschaft nicht zurecht, sie mussten den Boden wieder verkaufen, entweder an die alten Grundbesitzer oder an neue, amerikanische oder von Amerikanern dominierte Industrie-Konglomerate.

Die betroffenen Bauernfamilien wanderten daraufhin in großer Zahl in die Städte bzw. in die dortigen Armutsquartiere ab. Sie waren es, die im Süden Teherans die *Mostaz'afin* bildeten. Die Quote der Analphabeten lag bei 70-75%. Der Schah, der sein Land als Industrienation ins 21. Jahrhundert führen wollte, koppelte den Großteil der Bevölkerung komplett von dieser Entwicklung ab. Ein gewisser Wohlstand entstand in der Mittelschicht, aber die aus den Dörfern vertriebene Landbevölkerung war vollkommen abgekoppelt. Die große Landflucht setzte Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre ein; sie bildete die Massenbasis der Revolution. Ein großer Teil der Väter der gegenwärtigen politischen Spitzenbeamten in den Botschaften, in Ministerien, an den Universitäten – also die Väter der Elite der Islamischen Republik –, gehörte zur ersten oder allenfalls zweiten Generation von ehemaligen Bauern, die jetzt in den Städten wohnten. Dieser unter dem Schah verratenen, verlassenen, entrechteten Generation bescherte die Revolution viele neue Möglichkeiten: die Revolution baute Straßen, Schulen, sorgte für Entwicklung. Die Analphabetenquote liegt heute im Iran sicherlich unter 10%. Es wurde massiv investiert für diese Bevölkerung, die vorher nichts bekommen hatte. Diese ›50-plus‹-Generation sieht den heutigen Iran – trotz aller Kritik im Einzelnen – weiterhin als ›ihren‹ Staat.

Wenn dagegen heute jemand wie ich, mit einem anderen, bürgerlicheren Habitus in einer iranischen Behörde oder beim Freitagsgebet auftaucht und dazu noch Persisch mit einem bestimmten Akzent spricht, dann fällt er auf. Mit *Huschang Golschiri*, der 1999 in Osnabrück mit dem Erich-

Maria-Remarque-Friedenspreis ausgezeichnet worden ist, ging ich einmal in Teheran zur Feier des Jahrestages der Revolution. Wir mussten feststellen: Man sah sofort, dass wir nicht zu diesem Staat gehörten, einfach weil wir andere Hosen, andere Brillen trugen, weil wir glatt rasiert waren etc. Iran ist heute nicht ein Staat der Bürgerlichen, es ist der Staat jener Revolutions-Generation der über Fünfzigjährigen. Aber die Kinder jener Leute, die auf die Schulen und Universitäten geschickt wurden, durch die sie etwas von der Welt kennenlernten und Bücher lesen konnten: sie, die zu Nachfolgern der Revolution werden sollten, begannen zu lesen, und nicht nur Bücher, die sie lesen sollten. Zeitungen und das Internet kamen hinzu. Diese jungen Leute, die keine persönliche Erinnerung an den vorrevolutionären Iran besitzen, gehen nicht mehr zum Freitagsgebet. Und sie empfinden Iran heute nicht mehr als ihren Staat.

Hinzu kommen soziale Unterschiede: In meiner bürgerlichen Familie z.B. herrschten 1979 noch Verhältnisse wie von Dostojewski beschrieben, mit Bediensteten im Haus, mit absoluter Trennung der sozialen Schichten, ohne alle Begegnungsmöglichkeiten. Es war völlig klar, dass wir Kinder nicht mit Bediensteten spielten. Mittlerweile gibt es aber mit den Schulen und Universitäten Orte, an denen Angehörige aller Schichten sich begegnen. Es gibt viel mehr Austausch. Bei den jungen Leuten, die 2009 demonstrierten, war nicht auf den ersten Blick zu erkennen, ob der Vater stadtbürgerlicher oder ländlicher Herkunft war. Während der vergangenen 30 Jahre ist die Durchlässigkeit zwischen den sozialen Schichten viel größer geworden. Es gibt jetzt Möglichkeiten des sozialen Aufstiegs. Vor allem die Frauen haben sehr viel mehr Partizipationsmöglichkeiten. Es stimmt zwar, dass Frauen durch die Islamische Republik partiell entrechtet worden sind – konkret etwa im Erbrecht und im Justizwesen – und dass sie juristisch diskriminiert werden. Aber der Frauenanteil an den Universitäten – und zwar nicht nur bei den Studierenden, sondern auch beim Lehrpersonal – ist höher als in Deutschland. Frauen, die zur Universität gehen, deren Eltern vielleicht sehr traditionell waren, die einen Tschador trugen, fangen an, Bücher zu lesen und sich mit Literatur, Philosophie, Sozialwissenschaften zu beschäftigen. Ihnen wird bewusst, welche Rechte ihnen vorenthalten werden – im Unterschied zu ihren Müttern, denen dies nicht bewusst wurde. Hierin liegt ein Impuls, es zeigt sich die soziale Basis für die Reformbewegung.

1997 wurde diese Reformbewegung erstmals sichtbar. Der Wahlsieg von *Mohammed Chatami* bei der Präsidentschaftswahl im Mai 1997 war nicht die Ursache, sondern schon eine Folge dieser Reformbewegung, des inneren Umbruchs in der Islamischen Republik, der lange vorher in Wirtschaft und Gesellschaft, auch in der Geistlichkeit, begonnen hatte. Die

schiitische Geistlichkeit im Iran ist – anders als die sunnitische Geistlichkeit in anderen Ländern – immer nahe an der Bevölkerung, denn sie wird direkt von dieser finanziert. Etwas vereinfacht gesagt: Wenn die Geistlichkeit nicht das Gleiche sagt wie das Volk, bekommt sie kein Geld. So begann in den 1990er Jahren auf allen Ebenen ein entschiedenes Umdenken. Chatami aber scheiterte daran, dass das System ihn nicht handeln lassen, und weil auch die Erwartungen an ihn übergroß waren. Von ihm wurde ersehnt, dass er dem Land die Freiheit bringt, dass er Wunder wirke. Diese Erwartungen konnte er angesichts des politischen Systems, in dem die Macht letztlich bei dem Revolutionsführer liegt, nicht erfüllen. Auch hat der Westen die Angebote, die er machte, nicht aufgegriffen, dadurch hat er die Regierung Chatami auch außenpolitisch auflaufen lassen. Man denke an das CNN-Interview von 1998 mit der historischen Entschuldigung für die Besetzung der amerikanischen Botschaft, das praktisch ohne Erwiderung blieb.

Heute wäre der Westen froh, wenn Iran im Atomstreit wieder so ein Angebot machen würde, wie es unter Chatami geschah, mit Rohani als Unterhändler.

Aber nicht nur außenpolitisch, sondern auch innenpolitisch waren die Erwartungen groß und die Möglichkeiten allzu begrenzt. Das Parlament, in dem die Reformer die Mehrheit hatten, wurde blockiert: 98% der dort in der Amtszeit Chatamis verabschiedeten Gesetze wurden vom Wächterrat abgelehnt. So war nicht nur die Regierung nach acht Jahren demoralisiert. Auch in der Bevölkerung herrschte große Enttäuschung, nur daraus erklärt sich der Wahlsieg von *Mahmud Ahmadinedschad* im Juni 2005. Die Reformbewegung hatte sich gespalten in einen eher radikalen und einen eher gemäßigten Teil, aus dem vier Kandidaten bei der Wahl antraten. Für den Konservativen Ahmadinedschad stimmten im ersten Wahlgang nur 6,5 Mio. Wähler. Die übrigen verteilten sich auf die Reformer. Erst in der Stichwahl entfielen über 17 Mio. Stimmen auf ihn, und so kam er ins Amt.

Ahmadinedschad genoss eine gewisse Popularität, nicht weil er für das System stand, sondern weil er vorgab, gegen die ›Bonzen‹ im System zu kämpfen. Wenn er durch Dörfer und Städte fuhr, jubelten ihm viele zu. Er profitierte davon, dass sich der Ölpreis in seiner Amtszeit mehr als verdoppelt hatte, und damit auch die Staatseinnahmen des Iran. Ahmadinedschad gab dieses Geld aus. Er ›verprasste‹ es vielfach in direkten Zahlungen an seine Klientel. Das hatte eine nachvollziehbare Wirkung: Wenn Renten sich verdoppeln oder wenn Menschen, die bisher keine Möglichkeit hatten, eine Wohnung zu kaufen oder zu mieten, dies nun können, trägt das demjenigen, dem man dies zu verdanken glaubt, eine gewisse

Popularität ein. Aber solche Wahlgeschenke wurden bald von der Inflation aufgefressen. Die Wirtschaftspolitik war katastrophal, die Inflationsrate verdoppelte sich, und so merkten auch die mit Wahlgeschenken Bedachten, dass die Wohltaten nicht mehr viel wert waren.

Die iranische Bevölkerung, die mit dem Wahlsieg Ahmadinedschads den Reformbestrebungen Chatamis ein Ende setzte, stimmte vier Jahre später, als die Reformer sich auf *Mir Hossein Mussawi* als Kandidaten geeinigt hatten, in großer Zahl für diesen. Als das Wahlergebnis nicht anerkannt wurde, erhoben sich starke Proteste. Es gab viele Hinweise darauf, dass bei der Wahl massiv gefälscht wurde. An den Protesten am Montag nach den Wahlen beteiligten sich allein in Teheran nach Angaben des konservativen Bürgermeisters *Ghalibaf* drei Millionen Menschen, eine Zahl, die zeigte, dass dies nicht nur junge Leute gewesen sein können. Aber die Proteste wurden niedergeschlagen, und die meisten blieben zu Hause, als das Regime bzw. der Revolutionsführer mit Gewalt drohte. Schließlich kamen nur noch wenige Zehntausende, fast nur junge Leute.

Ein Großteil der Iraner, die – mit relativ bescheidenem Ergebnis – eine Revolution machten, hat acht Jahre Krieg gegen Irak erlebt, mit einer Million Toten. In fast jeder Familie dieser Menschen gibt es ›Märtyrer‹ und Exilanten. Nach alledem sind die Iraner nicht mehr bereit, für eine neue Revolution ihr Leben zu riskieren. Und heute reicht ja bereits das Bild einer Überwachungskamera, um sie als Personen identifizierbar zu machen. (Solche Computerprogramme liefert übrigens der Westen, unter anderem auch Siemens.) Wird man erkannt, so bedeutet das, keinen Job mehr zu bekommen, von der Universität ausgeschlossen zu werden, keine berufliche Existenz mehr zu finden. Der Märtyrerkult der Islamischen Republik zieht im Iran nicht mehr, die Menschen glauben nicht mehr an übergeordnete Ziele, sie wollen einfach normal leben. Das ist, wenn man so will, das Positive, dass sie nicht mehr bereit sind, ihr Leben zu opfern, sondern relativ bescheidene, konkrete, pragmatische Ziele haben. Sie blicken in die Nachbarländer, nach Afghanistan, in den Irak, nach Syrien und haben einfach auch Angst vor dem Chaos, vor der Gewalt.

Im Juni 2013 fand eine weitere Präsidentschaftswahl im Iran statt. Zunächst sah es aus, als würden die Leute aus Enttäuschung in großer Zahl nicht daran teilnehmen. Aber dann erkannten sie in den Auftritten *Hassan Rohanis* die Chance, dass einer der Kandidaten weniger schlecht sein könnte als der andere. Sie gingen doch wählen und verhalfen Rohani zum Sieg. Dieser neue Präsident ist sicherlich kein Reformer. Er ist bei Weitem nicht so entschlossen, wie es Mussawi vor vier Jahren war oder Chatami vor zwölf Jahren. Er ist vielleicht sogar eine Art ›Spielkarte‹ des Regimes. Denn die Wahrnehmung, dass die letzten vier Jahre in jeder Hinsicht

desaströs waren, zieht sich auch mitten durch das Regime. Nicht wenige der Jugendlichen im Foltergefängnis Kahrisak waren Söhne oder Töchter von Kadern der Islamischen Republik. Das führte zu einiger öffentlicher Aufmerksamkeit, weil sich die Kader beschwerten, dass ihre eigenen Kinder gefoltert würden. Man denke auch an *Mohsen Rezai*, einen ehemaligen Führer der Revolutionsgarden, dessen Sohn vor einigen Jahren ins amerikanische Exil geflohen war. Die Kinder derjenigen, die dieses Regime ausmachen, sind zu einem großen Teil diesem Regime abtrünnig, das ist im Iran allgemein bekannt.

Vielleicht geht der Wahlsieg von Rohani auch darauf zurück, dass das Regime selbst erkannte, dass es mit dem bisherigen Kurs keine Zukunft haben würde, dass ein Zusammenbruch absehbar ist, weil die Wirtschaft trotz des gestiegenen Ölpreises (den sie dem Irakkrieg zu verdanken hat) und trotz der gegenwärtig eigentlich strategisch günstigen Bedingungen einen katastrophalen Verlauf nimmt. Auch bei einem Großteil der Bevölkerung sind die Erwartungen minimiert, ist eine größere Bescheidenheit eingezogen, sodass ein Mittelweg zwischen den Erwartungen der jungen Bevölkerung und einem Regime, das eine gewisse Kompromissbereitschaft zeigt, beschritten werden könnte. Ob das gelingen wird, ist im Augenblick noch nicht absehbar.

Die Menschen im Iran hatten in den letzten acht Jahren kaum Möglichkeiten, sich öffentlich auszudrücken, sich zu versammeln. Zeitschriften mit kritischem Inhalt waren verboten, die meisten Führer der Inlandsopposition in Haft. Wenn sich die Tür wieder ein bisschen öffnet für Veränderungen, sodass die Leute wenigstens wieder atmen können, wird die Reformdynamik wieder einsetzen. Die Frage ist, ob das System in der Lage ist, mit der Bevölkerung zu gehen, oder nicht. Werden die Teilnehmer der Freitagsgebete in 30 Jahren durchschnittlich über 80 Jahre alt sein? Das wäre weder wünschenswert, noch ist es wahrscheinlich ...

Viele europäische Länder haben im 20. Jahrhundert eigene ideologische Experimente erleben müssen: Faschismus, Kommunismus, Nationalismus. Iran war 1979 das erste islamische Land, das es mit einer eigenen politischen Heilslehre, dem Islamismus, versucht hat. Wenn Iran heute diesen Konflikt austrägt: den zentralen politischen Irrtum des 20. Jahrhunderts zu überwinden, der im Glauben an den Segen einer politischen Heilslehre besteht, so geschieht das in gewisser Weise stellvertretend für viele andere Länder.

Ulrich Tilgner: Ich möchte – ergänzend – die iranische Geschichte auch vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung mit dem Westen ab 1979 kurz umreißen. Es wurde schon gesagt, dass die Revolution im Grunde keine

Bewegung des ganzen Landes war, sondern der kleinen Städte und der Vorstädte. Das war z.B. an der Kleidung der Frauen ablesbar, die bei der Feldarbeit keineswegs verschleiert oder mit Kopftuch durch die Gegend gezogen sind, dann aber re-islamisiert wurden. Die Islamisierung fand in den Vorstädten statt und wurde nicht vom Land in die Stadt getragen, wo es in der Tat große Armut gab.

Der Schah verkündete 1963 nicht nur eine Landreform. Er propagierte auch den ›großen Sprung nach vorne‹, in die ›Zivilisation des 20. Jahrhunderts‹, ohne dass dies eingelöst worden wäre. Nach der Revolution 1979 aber setzte die Islamische Republik die vom Schah begonnene Illusionspolitik noch fort, als ihr Führer Ayatollah Chomeini ankündigte, Strom und Wasser müssten eigentlich gar nicht bezahlt werden. Sein erster Ministerpräsident *Bazargan* wusste, dass das nicht durchführbar war. Wie schon in der Zeit des Schah wurde der Iran der Welt als Zukunftsmodell für die ganze Menschheit vorgeführt. Aber die Entwicklungen und Veränderungen im Iran lassen sich nicht nur aus den politischen Verhältnissen im Lande selbst erklären, sondern auch aus den Einflüssen von außen. Deshalb muss hier von der Politik des Westens im Umfeld des Iran und von den Sanktionen die Rede sein.

Ich hatte das Glück, im Iran immer mit jüngeren Leuten zusammenzuarbeiten, denn die iranische Gesellschaft ist sehr jung. Zumeist trifft man qualifizierte Autodidakten, die vieles können, z.B. sehr schnell Englisch lernen. Bei Fragen zu Computerprogrammen etwa korrespondierten sie direkt mit den amerikanischen Programmierern. Einerseits gibt es also die Wirtschaftssanktionen, auf der anderen Seite aber eine Community von Leuten, die über Sanktionen hinweg unglaublich rege miteinander über das Internet korrespondiert. Die Verbindungen in den Westen werden übrigens keineswegs nur vom Iran beargwöhnt und unterbunden. So wurde z.B. das Programm *Google Earth* für die Iraner durch die Firma Google selbst gesperrt. Man fragt sich inzwischen, was so alles im *Cyberwar* passiert. Seit 2006, verstärkt unter Obama seit 2009, läuft ein Schattenkrieg gegen Iran, einschließlich der Luftaufklärung mit Drohnen. Darüber erfährt man bei uns wenig.

Für die Öleinnahmen Irans entspricht folgende Berechnung m.W. der Wahrheit: im Iran wurde unter Präsident Chatami nur ein Zehntel der Öleinnahmen erlöst, die später Ahmadinedschad realisierte. 2001 lag der Ölpreis bei 16 Dollar pro Barrel, und wenn Iran 6 Dollar Gestehungskosten hatte, blieben 10 Dollar übrig. In der Zeit von Ahmadinedschad lag der Preis bei 140 Dollar, minus 6 Dollar Gestehungskosten, ergeben 134 Dollar Gewinn. Das heißt, bei einer entsprechend hohen Exportrate sind immens hohe Regierungseinnahmen erzielt worden. In der Amtszeit von

Ahmadinedschad hatte Iran so viele Öleinnahmen wie in der gesamten Geschichte des Landes zuvor! Von 1910 bis 2005 lagen die Öleinnahmen vielleicht bei 60% der Einnahmen der Jahre von 2005 bis 2013. Von diesen Einnahmen hatte die iranische Bevölkerung wenig bis gar nichts, und dies war nicht nur ein Prestigeverlust für Ahmadinedschad, sondern auch eine gewaltige Schlappe für das ganze islamische System.

In den Protesten im Zusammenhang mit den Wahlen 2009 konnte man eine Art von kollektiver Vorsicht erkennen. Da wurde deutlich, genau wie Jahre zuvor in der DDR und in den Ostblockstaaten, dass die junge Generation – eigentlich die Generation des Regimes! – auch der Träger des Protestes jeweils ist. Allerdings hatten die Iraner bereits Erfahrungen mit einer Revolution. Und so waren es im Dezember 2009 nur noch Zehntausende, nicht mehr die ganze junge Generation, auch aus den reichen Eltern-



Ulrich Tilgner

häusern, sondern andere, ärmere Leute, zum Teil Arbeitslose, die bei den Auseinandersetzungen auf der Straße waren. Bei diesen Auseinandersetzungen mit den Anhängern des Regimes gab es auf beiden Seiten Dutzende von Toten. Das stand nicht in den Zeitungen, aber ich glaube, die kollektive Sensibilität, so möchte ich es nennen, führte dazu, dass die iranische Protestbewegung von einer weiteren Eskalation Abstand nahm. Denn die Leute haben befürchtet, dass dies in einen Bürgerkrieg münden würde, so wie es gegenwärtig in Syrien passiert ist und wie er möglicherweise in Ägypten droht. Das wurde im Iran vermieden, weil die Träger des Protes-

tes erkannten: Wir können nicht weiter gehen, weil wir dann in das Messer des Bürgerkrieges laufen.

Angesichts der Wahlen im Juni 2013 ist erkennbar, dass die Iraner keine großen Experimente und keine Machtproben mehr wünschen. Sie wollen das Regime ›aussitzen‹. Dann kann die Jugend irgendwann übernehmen. Interessant war in den Vortagen der Wahl eine Aussage von Revolutionsführer Chamenei, dem starken Mann Irans. Er verkündete, dass auch Leute, die gegen die Republik sind, wählen gehen sollen, zum Vorteile Irans. Das war zum ersten Mal, *ex cathedra*, eine Bestätigung dafür, dass es in Iran Leute gibt, die nicht mit der Republik einverstanden sind. Die Bedeutung dieser Aussage wird klar, wenn man bedenkt, dass Wahlergebnisse in den Nachbarländern häufig ›hundertprozentig‹ waren: In Syrien erhielt *Hafiz al-Assad*, der verstorbene Vater des jetzigen Regenten, 99,62% der Stimmen. Bei der letzten Wahl im Irak unter *Saddam Hussein* erhielt dieser angeblich 100% der Wählerstimmen, und 100% der Wahlberechtigten hatten an der Wahl teilgenommen.

Im Verhältnis zum westlichen Ausland kann es mit Iran nach meiner Ansicht nur dann eine Verständigung geben, wenn der Westen das Ausüben politischen Drucks und seine Sanktionen überdenkt. Ich möchte das am Beispiel der Gespräche im Oktober 2003 verdeutlichen, die Bundesaußenminister *Joschka Fischer*, sein französischer und sein britischer Kollege in Teheran führten. Sie diskutierten und verhandelten mit dem damaligen iranischen Unterhändler Hassan Rohani, dem heutigen Präsidenten, über die Urananreicherung. Der Iran hatte zu dieser Zeit die Urananreicherung ausgesetzt. Man könnte meinen, der Iran habe hier westlichem Druck nachgegeben. Aber Iran erhielt für dieses Einlenken keine diplomatische Gegenleistung. Das erste größere Kompromissangebot des Westens war erst später an Ahmadinedschad adressiert.

Obwohl der seit 1997 amtierende Präsident Chatami fast allen Ländern Europas einen Besuch abstattete und in Weimar mit dem damaligen Bundespräsidenten *Rau* am Grab *Goethes* einen Kranz niederlegte, gab es keinen nennenswerten Gegenbesuch. Das von der UNO ausgerufene, weltweite Jahr zum ›Dialog der Kulturen‹ 2001 ging auf einen entsprechenden Antrag Chatamis zurück. Der Westen hat diesem Politiker dennoch immer die kalte Schulter gezeigt.

Über das Atomprogramm des Iran verhandelte man erst ab Oktober 2003. Warum zu diesem Zeitpunkt? Der deutsche Bundeskanzler *Gerhard Schröder* und sein Außenminister *Fischer*, die gegen den von den USA geführten Irakkrieg Position bezogen hatten, wollten etwas dagegen unternehmen, dass der nächste Krieg womöglich gegen Iran geführt wird. Denn schon kurz nachdem der Iran in Afghanistan die Nordallianz, eine Opposi-

tionsbewegung gegen die Taliban, unterstützt hatte, also eine aktive Unterstützung für die westliche Politik in Afghanistan geleistet hatte, erklärte *George W. Bush* am 30. Dezember 2001, dass auch Iran zu der von ihm inkriminierten ›Achse des Bösen‹ gehöre. Der Irak Saddam Husseins wurde durch den Krieg 2003 als Hindernis ausgeräumt, Deutschland war nicht beteiligt. Schröder hatte am Tag des Kriegsbeginns verkündet: »Wir beteiligen uns an diesem Krieg nicht.« Die US-Amerikaner waren lange in einer Art Siegesrausch. Heute, nachdem bekannt ist, dass 6.000 Mrd. Dollar verpulvert wurden, ist das vorbei.

Aber auch die Regierung in Berlin setzte ihrer Außenpolitik das Ziel, den nächsten Stein des Anstoßes, nämlich Iran, wegzuräumen. Man fuhr mit einem sehr frischen Selbstbewusstsein in den Iran. Fischer habe ich in Teheran im alten Schah-Palast in Saltanat Abad sagen hören: »Wir müssen verhindern, dass Iran den vollen Uran-Zyklus bekommt. Es wird sehr schlimm werden, wenn Iran auf diesem Zyklus besteht.« Das hieß, Iran sollte auf ein allen Ländern verbrieftes Recht verzichten, dem der zivilen Nutzung der Atomenergie. Rohani machte damals kein Zugeständnis in dieser Frage, sondern telefonierte wiederholt mit Revolutionsführer *Chamenei*. Das Zugeständnis des Iran, die Uran-Anreicherung auszusetzen, erfolgte schließlich doch, und es hielt eine Zeit lang. Aber die Staaten des Westens haben keine entsprechenden Gegenangebote gemacht. Von einer gegenseitigen Annäherung konnte keine Rede sein. Die Politik des Westens ist bis heute ganz einseitig, nämlich ausschließlich eine Politik des Drucks auf Iran. Sanktionen des Westens gibt es seit April 1981. Sie wurden mit unterschiedlichen Begründungen immer weitergeführt. Im US-Finanzministerium ist das *Office of Terrorism and Financial Intelligence* zuständig für die Einhaltung der Sanktionen. Seit 2011 wird es geführt von *Under Secretary David S. Cohen*. Er fährt zu großen Firmen, die mit Iran Handel treiben, und weist sie darauf hin, dass sie damit Gefahr laufen, den US-Markt zu verlieren. Cohen sagt, die Sanktionen, die Gesetzeskraft haben, dienen im Kern dem Ziel, die Durchsetzung der Menschenrechte zu erzwingen. Das heißt, ihre Geltung hängt nicht davon ab, ob der Iran sein Atomprogramm einstellt oder nicht. Das Gleiche gilt für Kuba, da gibt es ähnliche Gesetze, die bleiben in Kraft, egal, welche Politik Kuba betreibt. Und egal war auch bisher, welcher US-Präsident gewählt wurde: Als Erstes verlängerte jeder die Sanktionsgesetze.

Entscheidend wird nun sein, wie Rohani, der von den internationalen Medien als verhandlungsbereit aufgebaut wird, agiert. Ich kenne bisher noch keine Aussage von ihm, die besagt, dass er zu Konzessionen bereit wäre. Er sagt nur, dass er gesprächsbereit ist, aber auch: Wir müssen *unsere* Rechte durchsetzen. Ich glaube, der Iran wird konzessionsbereit

sein, und es wird sich die Politik wie Ende der 1990er Jahre wiederholen: dass man verhandelt und redet und letztlich nichts dabei herauskommt. Der Iran sagt: Wir *möchten*, und die andere Seite sagt: Ihr *müsst* – ohne jede Gegenleistung. Mit dieser Politik des Drucks und der Sonderkonditionen für ein Land wird sich das kollektive und nationale Bewusstsein im Iran nicht abfinden können. Weltweit hat jedes Land die verbrieften Rechte, Atomtechnologie friedlich zu nutzen. Der Iran soll auf Teile davon verzichten als *Vorbedingung* für einen Kompromiss – nicht als Ergebnis eines Kompromisses.

Blicken wir noch einmal auf das regionale Umfeld: in Ägypten, in Syrien, in Afghanistan und im Irak herrschen mehr oder weniger unerträgliche politische Zustände. Aber im Unterschied zu einer Sicht von außen heben sich für die iranische Bevölkerung die Verhältnisse im eigenen Land gegenüber den Nachbarländern positiv ab. Iran hat einen relativ hohen Lebensstandard. Die notwendigen Haushaltsausgaben einer iranischen Durchschnittsfamilie sind niedriger als in Saudi-Arabien. Bei aller Kritik an Ahmadinedschad muss man einräumen, dass er die hohen Staatseinnahmen nicht etwa gestohlen, sondern auch für den Massenkonsum bereitgestellt hat. Der Iran importierte Waren für 150-200 Mrd. Dollar jährlich. Aktuell stehen noch Güter im Wert von 20 Mrd. Dollar beim iranischen Zoll zur Abfertigung. In neuen, mit Granit und Marmor verzierten Einkaufspassagen sieht man vor allem Superreiche. Es gibt zwar keine lebendige Kultur der Oberschicht, aber bis vor kurzem an den großen Stadtautobahnen in Teheran Werbung für Porsche. Die größte Porsche-Niederlassung im Mittleren Osten steht in Teheran. Im Westen Teherans wird ein Vergnügungs- und Einkaufszentrum im Wert von 1,5 Mrd. Dollar gebaut. In Rekordgeschwindigkeit läuft eine gewaltige Einkommensumverteilung. Und die Bevölkerung, die junge Generation, wird aufmerksam registrieren, was passiert, wenn die Entwicklung diese Reformlinie verlässt.

Die allgemeine Lage im Iran, auch die Situation der Menschenrechte, ist nicht so katastrophal, wie man sagt. Es stimmt, dass im Iran Menschen gefoltert werden. Andererseits gibt es Leute, die, obwohl sie vermeintlich Verbotenes tun oder sagen, nicht belangt werden. Ein mir bekannter Filmemacher z.B. war in einem Geheimdienstgefängnis inhaftiert, wo man ihm drohte, ihn den Revolutionswächtern zu übergeben, falls er nicht kooperiere. Dann werde er erleben, was ›Gefängnis‹ bedeute. Es war schon von Kahrisak die Rede, einem üblen Foltergefängnis. Dort hat man an die Insassen täglich die Zeitung *Keyhan* verteilt, in einer nur für sie hergestellten Fassung, in der die Welt ganz anders dargestellt wurde, als sie in Wirklichkeit war. Es ging darum, den Gefängnisinsassen jede Hoffnung zu nehmen und sie zu Geständnissen zu bewegen.

Neben der Folter gibt es ein raffiniertes System von Beeinflussung, von Korruption, aber auch von Vergünstigungen. Zwei Drittel der Iraner besitzen ein Mobiltelefon, 27 Millionen haben direkten Internetzugang. Das Internet wird gefiltert. Aber es sind jederzeit Programme erhältlich, mit denen sich die Filter umgehen lassen. Die Iraner sind clever; sie sind auch im *Cyberwar* so weit, dass sie die USA angreifen, die Banken, die Ölverladestationen etc. Die Auseinandersetzung mit den USA wird offen geführt. Wenn der Westen dabei nicht auf die Interessen des Iran eingeht, wird es zu keiner Verständigung kommen. Der Westen hat diesbezüglich jetzt Nachholbedarf und muss die Gunst der Stunde nutzen.

Rohani ist kein Mann wie der Reformler Chatami. Rohani ist ein Vertreter des islamischen Systems, ein Mann der Mitte. Inzwischen schart man sich von allen Seiten um diese Mitte. Die Iraner sagen, die Region sei so instabil geworden, dass ihr Land einen Ort der Stabilität bilden muss. Sie wollen sich mit dem Westen verständigen und den Ausgleich suchen. Anders ist das derzeit große Einvernehmen im Iran, das von der Jugend bis zu den Alten reicht, nicht zu erklären. Zwar strömen die Jungen nicht wieder ins Freitagsgebet, aber sie reden wieder mit den Alten, und beide hoffen, dass Präsident Rohani, den Jung und Alt gewählt haben, erfolgreich sein wird. Es gibt eine Rückbesinnung auf das Nationale, die eine Weile tragen dürfte. Nutzt der Westen diesen Zustand nicht, wird das Land zurückfallen, und es wird unter den Sanktionen leiden. Dann kann Rohani nichts vorweisen, auch weil er nicht mehr über die Einnahmen seines Vorgängers verfügen kann. Denn unter den gegenwärtigen Sanktionen erwirtschaftet Iran nur noch 30-40% der früheren Öleinnahmen. Das Land steht vor sehr harten Zeiten. Wenn jetzt nicht die Entlastung kommt, wird man den Dissens mit dem Iran nicht friedlich lösen können.

Reinhold Mokrosch: Der Westen muss die Gunst der Stunde nutzen, der Westen muss umdenken, wird gefordert. Herr Kermani, was würden Sie zu tun empfehlen? Sollte Iran die Urananreicherung zugestanden werden?

Navid Kermani: Ich möchte die Sanktionspolitik nicht verteidigen, denn sie ist wirklich sehr problematisch für die Bevölkerung. Sie hat allerdings auch dazu geführt, dass jemand wie Rohani überhaupt eine Chance bekommt. Im Wahlergebnis drückt sich ein sehr allgemeines Empfinden im Iran aus – quer durch die verschiedensten Lager –, dass es so – auch mit den fortwährenden Drohungen gegen Israel und mit dem Leugnen des Holocausts – nicht weitergehen kann. Das wird wahrgenommen als etwas, was dem Land und dem System schadet. Ich gehörte lange zu denen, die dafür waren, kulturellen Austausch zu betreiben, persönliche Kontakte zu

pflegen, auf gesellschaftlichen Wandel zu reagieren. Als aber 2005 und vor allem 2009 die iranische Politik mit der Wahlfälschung und der Niederschlagung der Proteste sich selbst über die eigenen Regeln hinwegsetzte, war das für mich Anlass, vor einer Fortführung des kulturellen Austausches zu warnen – es gab in Iran praktisch kaum noch ein unabhängiges kulturelles Leben, keine Zivilgesellschaft, mit der man Austausch hätte betreiben können, kaum noch kreative Nischen. Unterdrückung gab es immer: In den 1980er Jahren gab es Massenhinrichtungen, viele Oppositionelle wurden von Geheimdienstleuten umgebracht. Während der letzten vier Jahre gab es aber gar keine Luft mehr zum Atmen. Und wenn man überhaupt nicht mit Leuten frei reden kann, ergibt es wenig Sinn, Kontakte zu pflegen. Jetzt, wo sich die Lage ein wenig geändert hat, muss man reagieren und versuchen, die kleine Chance, die es jetzt gibt, zu ergreifen. Dabei sind die Erwartungen viel geringer, als sie es vielleicht noch vor 10, 15 Jahren waren. Das gilt für alle Seiten, vor allem aber für die iranische. Die Freiheit *und* ein blühendes, demokratisches, säkulares Land zu bekommen, ist nicht einfach. Und angesichts der Entwicklung in anderen Ländern – in Syrien vor allem – und des Chaos im Irak, ist die Bereitschaft heute sehr gering, etwas zu riskieren.

Möge doch der Westen endlich erkennen, dass eine Strategie der Eskalation in der Region allen schadet, auch den Israelis, in deren angeblichem Interesse man Druck auf Iran ausübt. Würde man diese Politik der Eskalation weiterführen, Rohani scheitern lassen, den nächsten Amtsinhaber scheitern lassen, am Ende aus Iran ein weiteres Syrien, einen weiteren Irak machen, wird definitiv keine Sicherheit, keine Stabilität im Nahen Osten erreicht werden. Insofern muss man versuchen, jetzt ins Gespräch zu kommen und auszuloten, was möglich ist. Die Iraner wünschen sich Freiheit und wieder mehr kulturelle Kontakte, Besuche, Städtepartnerschaften. Man muss jetzt versuchen, die Kontakte zu erneuern.

Ulrich Tilgner: Seit 2009 hat sich das Leben im Iran immer weiter privatisiert. Das heißt nicht, dass die Iraner nicht auch an Widerstand gedacht hätten. Das war aber nur in zunehmend privatem Rahmen möglich. Noch in der Regierungszeit Chatamis blühten die Theater, es gab viele unterschiedliche Zeitungen. Anschließend wurde alles verdeckter. So wurde ein unter Chatami verbotener Film unter Ahmadinedschad erlaubt, mit der Begründung, dass dessen kritische Haltung gegen Chatami gerichtet sei. Das Publikum verstand den Film dennoch als Kritik an Ahmadinedschad und verhalf ihm zu einem großen Kassenerfolg. Die Menschen machen sich seither ihr eigenes Bild, und sie sprechen darüber. Die Glocke staatlicher Gewalt wurde zwar von oben immer weiter herabgedrückt, aber sie hat

den Boden niemals erreicht. Im Privaten gab es immer Formen des Widerstandes. Bald wird man erleben, dass Musik und Theater wieder aufblühen, neue Filme werden entstehen. Die Leute *wollen* eine unabhängige Kultur, sie interessieren sich für den musikalischen *underground*, dessen Gruppen danach drängen, lizenziert zu werden und CDs legal anbieten zu können.

Reinhold Mokrosch: Wird der Westen die Wirtschaftssanktionen aufheben und die iranischen Konten wieder freigeben? Und wird Obama seinen ›Schattenkrieg‹ gegen den Iran lockern?

Ulrich Tilgner: Ich fürchte, nichts wird gelockert. Und über den ›Schattenkrieg‹ erfahren wir nicht viel. So wurde über die Existenz des gegen Iran eingesetzten *Stuxnet*-Virus angeblich nur deshalb in der US-Presse berichtet, weil Obamas Wahlkampfstrategen es so wollten. Wer Geheimnisse öffentlich macht, riskiert angeklagt zu werden. Dieser Krieg wird im Verborgenen geführt, auf der Ebene der Computer-Netzwerke, der Geheimdienste. Der Iran befindet sich partiell in einem Ausnahmezustand. Es ist doch skandalös, dass die Welt applaudiert, wenn im Iran ein Wissenschaftler, der möglicherweise im Atomprogramm eine bedeutende Rolle spielt, auf der Fahrt zur Vorlesung an der Universität durch eine Haftbombe an seinem Auto ins Jenseits befördert wird! Sicher, man kann Sanktionen verhängen. Man muss aber auch sagen, wohin die Sanktionen führen: Nämlich nicht zu Konzessionen, sondern, in meinen Augen, zum Ruin eines ganzen Landes.

Reinhold Mokrosch: Herr Kermani, glauben Sie, dass eine Lockerung der Sanktionen dazu führen wird, dass die Unterdrückung noch stärker wird?

Navid Kermani: Nein, das Gegenteil ist ja eingetreten: Die Sanktionen wurden als Vorwand genutzt, um die Menschen weiterhin zu unterdrücken. Ich halte die Fokussierung der westlichen Politik und des westlichen Drucks auf das Thema ›Atomprogramm‹ für falsch. Alle Verhandlungen drehen sich nur noch um das Atomprogramm, nicht um Demokratie, nicht um Menschenrechte.

Man stelle sich vor, Iran würde noch mehr foltern, seine Minderheiten noch mehr unterdrücken, noch mehr Bahai verfolgen, aber schließlich beim Atomprogramm nachgeben. Wäre der Westen dann zufrieden? Wäre ein Iran, der in der Atomfrage nachgeben würde, in der Logik des Westens ein guter Partner?

Im Iran gäbe es viel Verständnis dafür, wenn die Welt dagegen protestieren würde, dass man dort die Wahrheit fälscht und dass Minderheiten verfolgt werden. Aber aller Druck liegt auf der Frage der Atomanreicherung, und hier entsteht nun in der iranischen Bevölkerung ein gewisses Einverständnis mit der Position des Staates: Wieso dürfen andere Staaten Uran anreichern, nur nicht wir? So ist paradoxerweise der Punkt, an dem der Westen Druck ausübt, zugleich der Punkt, an dem es dem Regime gelingt, eine gewisse Nähe zur Bevölkerung herzustellen und eine gewisse Sympathie zu erringen. So wie die Sanktionen gemacht sind und wie sie begründet werden, können sie dazu führen, dass sich die Bevölkerung eher hinter das Regime stellt, als sich zu distanzieren.

Es ist es richtig, auf Iran Druck auszuüben, so wie man anderen diktatorischen Staaten wie Indonesien, Südafrika und ehemaligen Diktaturen im südlichen Europa gegenüber über viele Jahre hinweg politischen Druck gemacht hat. Dadurch – nicht durch Krieg! – konnten tatsächlich politische Wandlungsprozesse in Gang gesetzt werden. Der Druck müsste aber auf eine veränderte Innenpolitik zielen und sich nicht auf die Urananreicherung fokussieren, denn dadurch wird die Legitimität des Systems eher gestärkt als geschwächt.

Reinhold Mokrosch: Unternimmt der Westen zu wenig gegen den Staatsterrorismus der Regierung im Iran?

Ulrich Tilgner: Hier gibt es kein einheitliches Bild. Ich habe schon darauf hingewiesen, dass die Sanktionen im US-Finanzministerium neuerdings mit Menschenrechtsverletzungen im Iran begründet werden.

Navid Kermani: Aber diese Begründung nimmt ja niemand im Iran ernst.

Ulrich Tilgner: Die Iraner wissen, dass in anderen Staaten wesentlich schlimmere Verhältnisse herrschen, ohne dass US-Sanktionen verhängt würden. Sie gehen davon aus, dass die Sanktionen gegen ihr Regime den Großmachtinteressen der USA dienen, und nicht dazu, dass es der Bevölkerung besser geht.

Das aktuelle Wahlergebnis kann man als Ergebnis sowohl des äußeren als auch des inneren Drucks sehen. Die Staatsführung in der Person von Ayatollah Chamenei hat erkannt: Es geht so nicht mehr weiter. Iran hatte nur noch staatliche Haushaltsmittel für wenige Wochen. Rohani ist dadurch in einer Situation, dass seine Handlungsmöglichkeiten in wenigen Monaten erschöpft sein könnten. Aber die Iraner sind müde, deshalb ist jetzt ein Schulterschluss zwischen Generationen und politischen Flügeln

erkennbar, eine Re-Nationalisierung. Rohani ist der Mann, der das formulieren und durchsetzen kann. Er ist ein Mann des Apparates, aber er redet wie ein Reformierender.

Reinhold Mokrosch: Der Iran unterliegt weitreichenden Wirtschaftssanktionen, und der Druck auf den Einzelnen hat zugenommen. Zugleich hat sich der Lebensstandard in den letzten Jahren erhöht. Wie passt das eigentlich zusammen?

Navid Kermani: Es wurde schon gesagt, dass die Öleinnahmen und damit das Volumen des Staatshaushalts unter Ahmadinedschad stark ausgeweitet wurden. Und dessen Politik war es, das Geld auszugeben, es den Menschen, vor allem seiner eigenen Klientel, zu geben, um den Konsum zu steigern. Zu Nouruz beispielsweise, dem iranischen Neujahrsfest, konnte man in den letzten Jahren in Isfahan keinen Schritt mehr vor die Haustür tun, weil es so viele inneriranische Touristen gibt. Diese Menschen machten den ersten Urlaub ihres Lebens. In die Infrastruktur, die Entwicklung, die Industrialisierung flossen dagegen verhältnismäßig geringe Mittel.

Man kann keine Regierung nur mit Wahlgeschenken führen. Diese Politik war extrem kurzfristig gedacht. Die Menschen merkten bald, dass die Inflation ihren bescheidenen Wohlstand schnell aufzehrt.

Reinhold Mokrosch: Herr Tilgner, fehlen den Jüngeren im Iran jetzt übergeordnete Ziele, Heilsversprechen, Heilsideale, und unterscheidet das womöglich die ›40 minus‹ von den ›50 plus‹?

Ulrich Tilgner: Das kann man so sehen. Die Leute sagen: Den Fehler unserer Väter, nämlich eine Revolution zu machen, wiederholen wir nicht. Dabei steht ›Revolution‹ für jedwede radikale Veränderung, also nicht etwa nur eine Islamische Revolution. Die radikale Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse hat im Iran als Erstes zu einem achtjährigen Krieg gegen Irak, dann zu einem innenpolitischen Desaster und schließlich zu einem internationalen Chaos geführt. Das alles wollen die Jungen unbedingt vermeiden.

Im Unterschied zu damals – und das scheint mir das Interessante zu sein in diesem Land, das enorme Anstrengungen unternimmt, sich abzusichern – haben die Leute viel bessere Weltkenntnisse. Über jedem Dach in Teheran sind sechs Satellitenschüsseln montiert, mindestens. Ich bekam dort kürzlich eine Festplatte geschenkt, auf der 180 neue amerikanische Filme in HD-Qualität gespeichert waren. Vor jeder Pizzeria in Teheran stehen Leute und verkaufen für einen Dollar DVDs mit neuen Filmen, alles

Hollywoodproduktionen. Westlicher Konsum steht hoch im Kurs, der politischen Offensive des Westens zum Trotz.

In den kleineren Städten des Landes gilt das in geringerem Maß. Dort wird die staatliche Vorgabe, dass man kein Auslandsfernsehen sehen darf, strenger überwacht. Dementsprechend entwickelt sich die politische Kultur in den großen Städten und im Rest des Landes, der Peripherie, auseinander. In den Großstädten hat jeder Möglichkeiten, ausländische Sender zu empfangen. Und wenn die Leute in staatliche Behörden oder Ministerien gehen, nehmen sie die Batterien aus ihren Handys, weil abgeschaltete Handys nicht als Mikrofone benutzt werden können. Die Leute wissen genau, was vor sich geht, und sind sehr vorsichtig geworden. Man muss sich das vorstellen: Es waren Millionen von SMS innerhalb von drei Stunden an einem Nachmittag (ähnlich wie 2009, aber 2013 in noch größerem Ausmaß), die viele Leute, die noch morgens nicht zur Wahl gehen wollten, doch noch für eine Stimmabgabe mobilisierten. Auf einmal gab es Schlangen vor den Wahllokalen.

Reinhold Mokrosch: Das Thema ›Urananreicherung‹ im Iran, mit dem auch die Internationale Atomenergiebehörde befasst ist, stellt einen ungelösten Konflikt dar. Der Westen bezieht gegen die Urananreicherung deutlich Stellung, um zu verhindern, dass der Iran Atommacht wird. Angesichts des ständig aus dem Iran verlautenden Vernichtungswillens gegenüber Israel erscheint es nachvollziehbar, dass Israel seine Existenz bedroht sieht, wenn Iran über Atomwaffen verfügt. Welche Lösungen wären hier denkbar?

Ulrich Tilgner: Ich glaube nicht, dass es bei diesem Konflikt im Kern um das iranische Atomprogramm geht. Das steht nämlich erst seit 2003 im Vordergrund. Vorher spielte das Atomprogramm keine große Rolle. Aber schon der Krieg gegen Irak war 2003 mit dessen Atomprogramm – das nicht existierte – begründet worden. Da war es einfach, dieses Argument auch auf Iran zu münzen. Der damalige israelische Außenminister *Perez* behauptete 2002, in sechs Monaten sei es im Iran so weit.

Aus fast allen arabischen Staaten sind gegen Israel Drohungen ausgestoßen worden, die die Existenz des Landes infrage stellen, ähnlich wie auch vonseiten des iranischen Staatspräsidenten Ahmadinedschad. Seit Jahren, immer am ›Jerusalem-Freitag‹, dem letzten Freitag im Ramadan, werden Slogans gegen Israel verbreitet. Auf Nachfrage präzisierte Ahmadinedschad: Die Vernichtung Israels ist Sache unserer palästinensischen Brüder. Er sagte zwar nicht, dass Iran Israel zerstören solle, aber dass er das gutheißt, ist unbestreitbar. Man kann dasselbe auch auf Plakaten

seiner Anhänger in Teheran lesen. Obwohl solche Töne in allen Teilen der arabischen Welt zu hören sind, wird es gegenüber dem Iran zum Anlass für massive politische Angriffe aus dem Westen. Deshalb nützt es nichts, wenn der Iran im Atombereich Konzessionen macht. Wenn der Westen seine Politik nicht ändert, wird es so weitergehen. Das hätte ich vor drei Jahren nicht so gesagt, aber heute bin ich davon überzeugt.

Navid Kermani: Ich bin nicht ganz so pessimistisch und glaube, die Iraner haben selbst ein Wörtchen mitzureden bei dem, was die Geschicke ihres Landes angeht. Die iranische Bevölkerung ist sehr gebildet, stark politisiert und hat in den letzten dreißig Jahren eine beeindruckende demokratische Reife erlangt. Die große Mehrheit möchte ganz eindeutig die Trennung von Religion und Staat. Man ist zu Kompromissen bereit, setzt nicht auf radikale Lösungen. Das gilt mittlerweile für alle sozialen Schichten. Die Chance dafür, dass es nicht zu einer Eskalation kommt, hat sich nach Ahmadinedschad vergrößert: Sein Nachfolger verzichtet auf die Parolen gegen Israel und zum Holocaust. Vonseiten Ahmadinedschads gab es ja eine Strategie der Eskalation. Fiel seine erste Äußerung zur Vernichtung Israels noch eher beiläufig, so merkte er schnell, dass der Westen darauf anspringt, und wiederholte dieses Thema ständig, weil er sich damit als Führer gegen den Westen positionieren konnte. Es gibt die Chance, dass ein normalerer diplomatischer Umgang wieder einzieht. Dann können sich die Wünsche und Ideen, kann sich der Veränderungswille der Bevölkerung langfristig durchsetzen, sofern es nicht zu einem Krieg, einem Bürgerkrieg oder einem plötzlichen Zusammenbruch des Staates wie im Irak kommt.

Reinhold Mokrosch: Halten Sie eine innere Reform des Iran für möglich, Herr Tilgner?

Ulrich Tilgner: Reformen im Innern müssen kommen, sonst zerbricht das Land. Die Wahl Rohanis und das Einlenken von Teilen der orthodoxen, klar reaktionären Kräfte im Iran sind ein Zeichen dafür, dass das Regime sich am Ende sah. Man wusste, dass nur ein nationaler Konsens das eigene Fortbestehen garantieren konnte. Das heißt aber nicht, dass man automatisch einen Schritt auf den Westen zugeht, und auch nicht, dass der Westen nun bereit wäre, ein Bündnis mit Iran einzugehen. Weil er erkennt, wie kompliziert die Lage ist, sagt Rohani, dass er auf einen allmählichen Abbau der Sanktionen hofft. Die US-Sanktionen haben, wie gesagt, Gesetzesform. Ich sehe dort nicht die Kraft, auch bei Herrn Obama nicht, durchzusetzen, dass diese Gesetze durch Senat und Repräsentantenhaus annulliert werden. Die Gassanktionen wurden im Juni 2013, in der letzten Woche

des Wahlkampfes, verhängt. Hätte man damit nicht 14 Tage warten können? Nein, sie kamen *im* Wahlkampf, quasi als Wahlgeschenk an die Konservativen im Iran. Die Bevölkerung durchschaut das und fiel nicht darauf herein. Nun darf Rohani das Einzige, was sich noch zu verkaufen lohnt, nämlich Gas, nicht mehr exportieren. – Sorry, was ist das für eine Politik?

Publikum: Die Frage, wie der Westen gegenüber dem Iran agieren sollte, wird hier immer in Bezug auf die USA beantwortet. Kann eigentlich Europa, kann etwa die Bundesrepublik Deutschland keine eigenständige Politik gegenüber dem Iran formulieren oder eigene Aktionen in die Wege leiten?

Reinhold Mokrosch: Wie reagiert die Europäische Union, was heißt: ›der Westen‹?

Navid Kermani: Es gibt ja keine gemeinsame europäische Außenpolitik. In den letzten Jahren hat Europa in keiner einzigen Frage eine gemeinsame Position verfolgt. So wie Europa sich verhält, wird es zunehmend irrelevant. Das betrifft nicht nur Iran, sondern alle möglichen Krisenherde. Ob sich der eine oder andere Staat gegenüber Iran anders verhalten könnte als die USA, ist fast müßig zu erörtern, denn es bliebe in jedem Fall ohne große Auswirkungen.

Ulrich Tilgner: Hinzu kommen noch juristische Umstände, die darin bestehen, dass die amerikanischen Sanktionen jeden treffen, der sich an ihnen nicht beteiligt, egal wo. Selbst die Schweiz, die nicht Mitglied der EU ist, hat im Nachhinein die Sanktionen übernommen, um Rechtssicherheit für Schweizer Firmen zu schaffen. Die EU verhängte diese Sanktionen in der Nachfolge der USA, und die Schweiz in der Nachfolge der EU. So sind die Mechanismen.

Wer wirklich etwas ändern will – das sagen jetzt Rohani und alle wichtigen Stimmen im Iran –, muss mit den USA sprechen. Ahmadinedschad war so ›verrückt‹, Briefe an Bush zu schreiben, in denen er ihn beleidigt hat. Er hat auch an Angela Merkel einen Brief geschrieben. Aber das hat natürlich nicht funktioniert.

Reinhold Mokrosch: Gegen das Argument einer Existenzbedrohung Israels durch iranische Atomwaffen wird oft eingewendet, dass solche Waffen auch die Palästinenser treffen und deshalb von Iran niemals eingesetzt würden. Ist das stichhaltig?

Navid Kermani: In Israel hat man vor dem Hintergrund der eigenen Geschichte verständlicherweise große Sorge, wenn aus einem Nachbarstaat Vernichtungsdrohungen kommen. Das mag auch innenpolitisch von den israelischen Hardlinern genutzt worden sein. Aber man kann eben nicht wegwischen, dass diese Drohungen in den Jahren unter Ahmadinedschad massiv zugenommen hatten, einschließlich seiner Holocaust-Leugnungen.

Umgekehrt nutzte die Politik von US-Präsident Bush mit ihren Kriegen in Afghanistan und Irak, also die Niederwerfung aller Gegner Irans, auf ganzer Linie den Hardlinern dort. Im Irak herrscht jetzt ein pro-iranisches Regime. In Afghanistan wurden die Taliban bekämpft, die zugleich gegen den Iran waren. Der gestiegene Ölpreis, das gewachsene strategische Gewicht des Iran – all das hat die iranische Republik George W. Bush und seiner Außenpolitik zu verdanken. Aus dieser Logik beiderseitiger Eskalationsschritte müssen wir herauskommen. Die bisherige Iran-Politik des Westens kann in dieser Schärfe nicht aufrechterhalten werden, wenn aus Iran versöhnliche Signale kommen. Mir scheint, die westliche Öffentlichkeit ist jetzt eher bereit, auf diese Signale positiv zu reagieren, als vor acht Jahren. Wenn eine Seite mit einer gewissen verbalen Abrüstung beginnen würde, hätte das durchaus Auswirkungen auf die andere Seite, jedenfalls würde es den rationaleren, gemäßigteren Kräften entgegenkommen.

Ulrich Tilgner: Ich habe die Rede von Obama vor dem Brandenburger Tor in Berlin nachgelesen, weil ich Hoffnungen hatte, dass zumindest ein versteckter Hinweis auf den Versuch einer Konfliktlösung enthalten ist. Obama sagte aber nur: Wir müssen versuchen zu verhindern, dass Nordkorea und Iran *weaponizing* sind, also Atomwaffen herstellen. Da war, eine Woche nach den Wahlen im Iran, wieder die ›Achse des Bösen‹ bzw. was davon übrig ist. Die Bemerkung fiel in einem Nebensatz; er hätte an gleicher Stelle auch sagen können: Vielleicht schaffen wir jetzt etwas Neues. Aber nein: Nordkorea und Iran ...

Publikum: Wie lassen sich die Interessen beschreiben, die der Westen, wenn er überhaupt einheitlich auftritt, gegenüber dem Iran verfolgt? Und umgekehrt: Welches Interesse verfolgt Iran mit seinem Atomprogramm? Erst wenn hierüber Klarheit besteht, kann man über mögliche politische Schritte nachdenken.

Publikum: Als Deutsch-Iraner möchte ich darauf hinweisen, dass die im Iran lebenden Juden dort völlig ungefährdet sind. Es gibt keine iranische Stadt, in der nicht auch Juden wohnen. Der Konflikt mit Israel ist nicht Sache der Iraner, sondern der Araber, der Palästinenser, die von anderen

arabischen Ländern verraten worden sind. Dass Iran einen Atomreaktor bauen wollte, war in der Schah-Zeit international akzeptiert. In den 1960er Jahren arbeitete Siemens daran in Buschehr.

Als 1979 die Revolution kam, übernahmen die Mullahs ein Land mit über 90% Analphabeten. In Maschhad, der zweitgrößten Stadt Irans, aus der ich komme, konnte ich nicht mal Abitur machen. Dazu musste ich nach Teheran. Erst die Mullahs bauten überall Universitäten. Man sollte ihre Verdienste anerkennen.

Publikum: Droht nicht die Gefahr einer Konfessionalisierung der kriegerischen Konflikte in der Region? Mögliche Indizien dafür sind die schiitischen Brigaden, die jetzt das Assad-Regime in Syrien unterstützen, während die Gegenseite, die Opposition gegen das Assad-Regime, von sunnitischen Monarchen unterstützt wird. Spielen diese Konfessionen – Shia versus Sunna – auch in den Konflikten der Region in Zukunft eine größere Rolle?

Publikum: Rohani wurde so positiv dargestellt, als wäre er der Martin Luther des Iran. Wenn aber, wie Herr Kermani sagte, 98% der Gesetzesentwürfe Chatamis abgelehnt wurden und Ahmadinedschad nicht einmal einen Minister selbst entlassen konnte, ohne Zustimmung von Revolutionsführer Chamenei: Was wird Rohani dann ändern können?

Navid Kermani: Die westlichen und die iranischen Interessen liegen weitgehend offen. Weder geht es dem Westen um die großartigen Ideale der Menschenrechte, noch geht es dem Iran um die großartigen Ziele des Islam. Beide Seiten haben handfeste Machtinteressen.

Gegenüber den Juden im Iran gibt es tatsächlich keinen eingewachsenen Antisemitismus. Die Bevölkerungsgruppe, die am meisten unter religiöser Verfolgung leidet, sind weder die Juden noch die Christen, sondern die *Bahai*. Ahmadinedschad gehörte übrigens zu denen, die ein ausgesprochen gutes Verhältnis zur jüdischen Minderheit hatten, bevor er das Thema Holocaust entdeckte. Aus ideologischen Gründen verfolgt und abgelehnt werden die Bahai und die Sufis, jene Mystiker, denen es unter Ahmadinedschad viel schlechter erging als in den Jahren zuvor. Das ist der religiöse Großkonflikt im Iran. Juden und Christen sind zwar nicht gleichberechtigt, werden aber in ihrer religiösen Praxis nicht eingeschränkt.

Die große Besorgnis vor einer Konfessionalisierung ist nicht auf Iran zu beschränken. Wir stehen womöglich vor einem neuen Dreißigjährigen Krieg. Als Menetekel Syriens zeichnet sich ab, dass der ursprünglich säkulare Aufstand, an dem alle Volksgruppen beteiligt waren, unter aktiver

Einflussnahme des saudischen Regimes, des Hauptverbündeten der USA in der Region, sowie Katars in einen konfessionellen Konflikt überführt wird. Wir sehen, dass der Westen auf sunnitische Hardliner als ihm nützliche politische Kräfte setzt, und zwar überall in der Region. Dieses Bündnis mit Saudi-Arabien ist seit vielen Jahren das größte Problem der Außenpolitik des Westens. Saudi-Arabien ist überall der Hauptsponsor der sunnitischen Fundamentalisten. Hier liegt die Ursache der Konfessionalisierung.

Wir erleben einen Nachfolgekrieg des früheren Ost-West-Konflikts: Russland setzt auf die schiitische Karte – nicht, weil es den Schiiten besonders nahesteht, sondern weil es damit den Amerikanern etwas entgegenhalten kann, und das birgt die Gefahr einer wirklichen Eskalation. Ich sehe für die Region des Mittleren Ostens die konkrete Gefahr, dass das Schisma zwischen Sunna und Shia unter aktiver Beteiligung auch überregionaler Mächte eskalieren und es wirklich einen Konflikt geben könnte, der dann entlang konfessioneller Linien ausgetragen wird, obwohl es eigentlich um Politik und um Vorherrschaft geht. Das Beispiel des zerfallenden Jugoslawiens lehrte uns Europäer, wie einfach es sein kann, zu jemandem, der bis vor kurzem noch ein Nachbar war und dessen Kinder man kannte, zu sagen: Du bist mein Feind.

Der politische Spielraum des neuen iranischen Präsidenten Rohani ist sehr begrenzt. Er kommt aus dem Apparat der Islamischen Republik. Er wird das System erhalten wollen und sieht sich deshalb geringeren Vorbehalten gegenüber als andere Politiker. Es gibt die vage Hoffnung, dass man ihm mehr Spielraum einräumt und dass in Kombination mit der Reformdynamik in der Bevölkerung, mit den Zeitungen, mit den Entwicklungen in den Universitäten, mit den jungen Leuten, mit der Kulturszene, mit den Frauen, die ihre Rechte beanspruchen –, dass sich wieder etwas bewegen und in Gang gesetzt wird – nicht wegen Rohani, sondern wegen der Bevölkerung, die jede Chance nutzen wird, die sich ihr bietet.

Ulrich Tilgner: Ob es zu einem ›Dreißigjährigen Krieg‹ im Mittleren Osten kommen wird, ist schwer vorherzusagen. In Syrien wurde eine säkulare Opposition durch religiöse, militarisierte Flügel in die Bedeutungslosigkeit gedrängt. Ähnliches geschah auch in Libyen und Tunesien, wo allerdings weniger als 100 Todesopfer zu beklagen waren. In Ägypten zählt man bisher 1.000 Tote des ›arabischen Frühlings‹, in Libyen nach der militärischen Beseitigung des Gaddafi-Regimes 30.000 Tote; in Syrien gibt es bereits 100.000 Tote. Ich befürchte für die Region weniger *religiöse* Konflikte als vielmehr die Gefahr militärisch ausgetragener Konflikte überhaupt, z.B. zwischen Kurden und arabischen Irakern. In Syrien kämpfen nicht nur Schiiten, sondern auch Christen und zum Teil Kurden, die auf-

seiten Assads stehen. In Ägypten stehen sich laizistische Kräfte und eine religiöse Bewegung gegenüber. In Tunesien sind es eher weltlich orientierte politische Kräfte, die gegen radikale religiöse Kräfte stehen. Das Gemeinsame ist, dass es überall Gewaltausbrüche gibt, wenn auch in unterschiedlichen Formen.

Das Scheitern des Westens besteht darin, dass man diese Entwicklung nicht verhindert hat. In seiner Kairoer Rede im Juni 2009 sprach US-Präsident Obama von Demokratie. Dafür gab es *standing ovations* von den Studenten. Als aber in Ägypten und ganz Nordafrika der ›arabische Frühling‹ begann, blieben die Hilfgelder, die Investitionen und die Touristen aus. Aus dem Westen hatte es geheißt: Demokratie müsse sein, die autoritären Herrscher müssten gestürzt werden. Als die Bevölkerung dann aktiv wurde, hat man sie allein gelassen. Deswegen können Potentaten aus Katar und Saudi-Arabien mit wenigen Milliarden Dollar, die zwischen den Aufständischen hin- und hergeschoben werden, Weltpolitik machen. Zumeist tun sie das im US-Interesse, aber immer mehr auch zum eigenen Vorteil. Welche Entwicklung Saudi-Arabien künftig nehmen wird, ist nicht absehbar. Das Land ist ein Pulverfass und grenzt fast an Israel. Man redet immer über die Bedrohung durch Waffen des Iran. Gleichzeitig liefern die Amerikaner für Dutzende von Milliarden Dollar Hightech-Waffen an Saudi-Arabien.

Meine These ist, dass der Westen sich aus der Region zurückziehen wird, weil er sie nicht beherrschen kann. Und weil man dort anschließend keine stabilen Verhältnisse wünscht, hinterlässt man ein Chaos.